Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11398

02. 09. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rita Grießhaber, Matthias Berninger, Andrea Fischer (Berlin), Irmingard Schewe-Gerigk, Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/11368 –

Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland – Zehnter Kinder- und Jugendbericht –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag mißbilligt entschieden den Umgang der zuständigen Ministerin mit dem Sachverständigenbericht. Dieser weist zu Recht auf besorgniserregende Entwicklungen hin: immer mehr Familien geraten in Sozialhilfebedürftigkeit oder leben in einem sehr gefährdeten prekären Wohlstand. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit findet auf dem Rücken von Müttern statt. Die Integration von Kindern ausländischer Eltern wird vernachlässigt. Zwei Drittel aller Kinder werden immer noch von ihren Eltern geschlagen.

Der Deutsche Bundestag mißbilligt insbesondere den Versuch, den Bericht nicht zu veröffentlichen und die sich ausbreitende Kinderarmut durch „Armutsdefinitionen" kleinzureden.

II. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung:

1. Familien- und Kinderarmut muß bekämpft werden. Dazu muß der Familienleistungsausgleich weiterentwickelt werden: 300 DM Kindergeld pro Kind und eine Heraufsetzung des steuerlichen Existenzminimums auf 15 000 DM im Jahr sind hier als erste Schritte erforderlich. Ferner muß eine bedarfsorientierte Grundsicherung eingeführt sowie die Erhöhung des Erziehungsgeldes und eine Reform des Wohngeldes angegangen werden.

2. Als ersten Schritt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist der Erziehungsurlaub als flexibles Zeitkonto zu gestalten. Ziel muß eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik sein.

3. Zum Schutz vor Gewalt muß Prävention in Schule, Elternhaus und Jugendarbeit gestärkt werden. Kinder, denen Gewalt zugefügt wurde, brauchen jederzeit verfügbare Hilfsangebote. Und: Kinder müssen als selbständige Persönlichkeiten, die ein Recht auf Selbstbestimmung und ein im Kindschaftsrecht zu verankerndes Recht auf gewaltfreie Erziehung haben, anerkannt werden.
4. Hier geborene Kinder von Ausländerinnen und Ausländern, die dauerhaft in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit sind zu erleichtern.
5. Für das Recht auf eine saubere Umwelt muß eine Verkehrs- und Städtebaupolitik durchgesetzt werden, die nicht nur aufs Auto setzt. Grenzwerte, z. B. für Ozonbelastung, dürfen sich nicht länger an männlichen Erwachsenen orientieren, sondern an Kindern, die am gefährdetsten sind.

Bonn, den 2. September 1998

Rita Grießhaber
Matthias Berninger
Andrea Fischer (Berlin)
Irmingard Schewe-Gerigk
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333